



Mit einem
Vorwort von
**HELMUT
SCHMIDT**

Hans-Jochen VOGEL

*Reden, Grundwerte,
Würdigungen*

Es gilt das gesprochene Wort

HERDER

Hans-Jochen Vogel

Es gilt das gesprochene Wort

Reden, Grundwerte, Würdigungen



FREIBURG · BASEL · WIEN

Titel der Originalausgabe: Es gilt das gesprochene Wort. Reden, Grundwerte,
Würdigungen

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2016
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Designbüro Gestaltungssaal
Umschlagmotiv: © dpa Picture Alliance
E-Book-Konvertierung: Daniel Förster, Belgern

ISBN (E-Book) 978-3-451-80976-7
ISBN (Buch) 978-3-451-34895-2

Inhalt

Geleitwort

Allgemeine Einführung

I. Bundestagsreden

Einführung

Rede vom 4. Mai 1983

Rede vom 14. Mai 1986

Rede vom 28. November 1989

Rede vom 31. Januar 1991

Rede vom 30. Juni 1994

II. Werte

Einführung

Die Achtung und der Schutz der Menschenwürde als zentrale Aufgabe der Politik

Konfrontation statt Konsens? Zur gesellschaftspolitischen Dimension des Jugendprotests

Die Gesellschaft der Zukunft - ethische Grundlagen und politische Herausforderungen

Nie wieder! Nicht noch einmal!

III. Persönliche Würdigungen

Einführung

Willy Brandt

Herbert Wehner

Johannes Rau

Richard von Weizsäcker

Lebenslauf

Werke

Textnachweise

Über den Autor

Geleitwort

Anlässlich des 90. Geburtstages von Hans-Jochen Vogel erscheint das vorliegende Buch, für das ich gerne ein paar Worte beisteuere. Als Hans-Jochen Vogel 70 Jahre alt wurde, endeten meine Wünsche mit »ad multos annos«. Daraus sind nun weitere 20 Jahre geworden. Anlässlich seines 80. Geburtstages habe ich ihm für seine Freundschaft gedankt, und unsere Freundschaft besteht bis heute. Wir blicken beide auf einen langen politischen Weg und viele gemeinsame Erfahrungen zurück.

Unsere ersten Kontakte gehen in die späten 1950er-Jahre zurück, als Hans-Jochen Vogel in Bayern politisch aktiv wurde. Seine vielversprechende juristische Karriere hat er früh gegen eine ungewisse Laufbahn in der Kommunalpolitik eingetauscht. Spätestens mit seiner Wahl zum Oberbürgermeister von München 1960 hat er deutschlandweit auf sich aufmerksam gemacht. Mit gerade 34 Jahren wurde er zum jüngsten Oberbürgermeister einer Millionenstadt in Europa. Dieses Amt übte er zwölf Jahre lang aus. Sein Motto »München von morgen« prägte seine Politik der Stadterneuerung, das Netz des öffentlichen Nahverkehrs in München trägt seine Handschrift. Es ist ihm auch gelungen, 1972 die Olympischen Spiele nach München zu holen.

Danach folgten weitere wichtige Stationen in Bayern, in Bonn und in Berlin. In all seinen Ämtern, ob als Oberbürgermeister, als Bundesminister, im SPD-Bundesvorstand, im SPD-Parteipräsidium, als Fraktions- oder als Parteivorsitzender: Stets handelte er nach dem Motto »Macht muss dienen«.

Sein juristischer Scharfsinn und sein konsequenter Kampf für den Rechtsstaat, die Verfassung und den Kompromiss in der politischen Arbeit haben ganz selbstverständlich dazu

geführt, dass ich Hans-Jochen Vogel 1974, als ich Willy Brandt als Bundeskanzler nachfolgte, als Bundesminister der Justiz in mein Kabinett berufen habe. Für mich war er eine große Stütze in den Jahren des RAF-Terrorismus. Gerade in diesen schwierigen Zeiten waren sein juristisches Urteilsvermögen und seine Verfassungs- und Gesetzestreue sehr wichtig, um bei unserem Kampf gegen den Terrorismus den Rechtsstaat nicht zu beschädigen. Auf sein Urteil und seinen Rat weit über seine Funktion als Bundesminister der Justiz hinaus konnte ich mich immer verlassen.

Aber sein hoher Arbeitseinsatz, seine Professionalität und seine ungewöhnlich hohe Glaubwürdigkeit waren nicht nur in diesen Zeiten von großer Bedeutung. Sein konsequenter Kampf für die Bewahrung der Grundwerte unserer Verfassung und für die Verteidigung unseres Rechtsstaates machten aus ihm einen unverzichtbaren Streiter für unsere Demokratie. Nach der deutschen Einigung wurde er deshalb in die Verfassungskommission einberufen.

Sein Engagement in der von ihm mitbegründeten Vereinigung »Gegen Vergessen - Für Demokratie« zeigt, wie wichtig es ihm stets war, gegen extremistische Gewalt anzugehen und die Erinnerung an begangene Verbrechen, ob unter nationalsozialistischer oder auch kommunistischer Herrschaft, wachzuhalten. Die Wurzeln von Hans-Jochen Vogels Kampf für Demokratie und Rechtsstaat finden sich in seinen Erlebnissen während des Zweiten Weltkrieges, aber auch in den Erfahrungen der Nachkriegszeit. Ihm ging es nicht nur darum, selbst die Werte der Demokratie zu verteidigen, sondern gleichzeitig auch darum, an alle Bürger zu appellieren, die Verantwortung für die Verteidigung der Werte der Demokratie zu übernehmen. Man dürfe niemals vergessen und müsse Lehren aus der Geschichte ziehen - so hat er gefordert.

Seit 1950 ist Hans-Jochen Vogel Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Schnell wurde

er zu einem glaubwürdigen, zuverlässigen und unverzichtbaren politischen Mitstreiter und fast ebenso schnell eine der wichtigsten Führungspersonen der SPD, auch weil er immer bereit war, als Helfer in der Krise einzuspringen, so in Bayern, so in Berlin, aber auch in Bonn. 1981 hat er seinen Posten als Bundesjustizminister aufgegeben, um nach einer gescheiterten Senatsumbildung als Nachfolger des sozialdemokratischen Bürgermeister Dietrich Stobbe nach Berlin zu gehen. Deshalb gab er sogar sein Bundestagsmandat ab. Sein pflichtbewusstes Handeln und sein Krisenmanagement innerhalb der Berliner SPD und im Rahmen der Berliner Senatspolitik haben ihm größte Anerkennung und Respekt eingebracht.

Hans-Jochen Vogels von starkem Pflichtbewusstsein geprägtes politisches Handeln und sein hervorragendes Urteilsvermögen, seine stringente Klugheit und seine vielfältigen Kompetenzen haben ihn zu einer der wichtigsten Personen in der SPD werden lassen. Deshalb wurde er Ende Oktober 1982, in einer schwierigen Lage seiner Partei, vom SPD-Parteivorstand einstimmig als Kanzlerkandidat nominiert. Kanzler wurde er nicht, aber dafür ist Hans-Jochen Vogel zu einem großen Vorbild nicht nur für sozialdemokratische Generationen geworden.

In unserem politischen Leben verbindet uns beide die Auffassung von Augenmaß und Pflicht im Dienst für unser Volk und das öffentliche Wohl. Nun erscheint ein letztes Buch von Hans-Jochen Vogel, in dem interessante, kluge und wichtige Texte und Reden von ihm veröffentlicht werden, die auch heute noch aktuell sind. Ob es sich um den Ausstieg aus der Kernenergie handelt, den Hans-Jochen Vogel bereits 1986 forderte, oder um andere wichtige Themen wie einen internationalen Beschäftigungspakt zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit – heute in Europa aktueller denn je –, oder ob es sich um das Motto »Den Grundkonsens bewahren« handelt, das in der Demokratie über alle

Parteigrenzen hinweg gültig sein sollte: Hans-Jochen Vogel hat viele wichtige Fragen aufgeworfen, Forderungen gestellt und Leitlinien formuliert, die bis heute Gültigkeit haben.

Helmut Schmidt

Hamburg, im November 2015

Allgemeine Einführung

»Es gilt das gesprochene Wort!« So steht es üblicherweise auf den schriftlichen Redetexten, die Politiker vor Beginn ihrer Reden an die anwesenden Journalisten verteilen lassen. Dadurch soll verhindert werden, dass Änderungen, Ergänzungen und Auslassungen, die der Redner während seiner Rede vornimmt, unbeachtet bleiben. Ihm werden sonst Gedanken und Äußerungen »in den Mund« gelegt, die er gar nicht vorgebracht hat, während andere, die er zusätzlich vorbrachte, unerwähnt bleiben. Und das kann ärgerliche Folgen haben.

Im Zusammenhang mit diesem Buch hat der Satz eine ganz andere Bedeutung. Es geht nicht um die Vermeidung konkreter Missverständnisse, sondern um die Aussage, dass das seinerzeit gesprochene Wort oder der seinerzeit geschriebene Text inhaltlich, das heißt in seinen Analysen, seinen Argumenten und seinen Folgerungen auch heute noch gilt. Diese Feststellung setzt eine sorgfältige Untersuchung voraus, eine Untersuchung, die auch ergeben kann, dass das Wort oder der Text an manchen Stellen der Korrektur bedarf. Deshalb habe ich als Titel zwar die übliche Formel gewählt, aber in dem Sinne, dass ich ganz allgemein zu einer Prüfung einlade, ob sie für die jeweilige Rede und den jeweiligen Text tatsächlich noch gilt.

Ich weiß: Manche meinen, darauf komme es doch im Nachhinein gar nicht mehr an. Das sei alles vorbei. Es gehe doch nur um das Heute. Einige spitzen diesen Gedanken sogar zu und sagen oder denken dann: »Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern«.

Meine Meinung ist das nicht.

Ein solch leichtfertiger Umgang verbietet sich für mich schon deshalb, weil ich meine eigenen Reden und Texte

stets ernst genommen habe. Die allermeisten habe ich selbst verfasst und in meiner heute sehr altmodisch wirkenden Sütterlinschrift zu Papier gebracht. Natürlich wurden mir von meinen jeweiligen Mitarbeitern dazu Materialien, Zitate und Belege geliefert und meine Entwürfe auch kritisch durchgesehen. Aber nur in Ausnahmefällen wurden mir fertige Entwürfe vorgelegt, die ich dann meinerseits an der einen oder anderen Stelle überarbeitet habe. In diesem Buch gibt es solche Fälle jedenfalls nicht.

Davon abgesehen bin ich heute in einem Alter, in dem es hohe Zeit wird, Rechenschaft abzulegen. Und dazu gehört eben auch die Auseinandersetzung mit dem, was man in seinen öffentlichen Funktionen gesagt oder geschrieben hat. Habe ich damals die wesentlichen Themen aufgegriffen und die zentralen Herausforderungen erkannt? Stimmt meine Prognosen oder die, die ich von Experten übernahm? Wo habe ich mich geirrt, und wo hätte ich es sogar schon damals besser wissen müssen? Wie bin ich mit meinen Gegnern und ihren Argumenten umgegangen? An welcher Wertordnung habe ich mich orientiert? Bin ich meiner eigenen Partei gerecht geworden? Stimmt mein Tun und Unterlassen mit dem, was ich redete und schrieb, überein?

Zur Beantwortung dieser Fragen kann ich nicht alle Texte aus den Jahrzehnten vorlegen, in denen ich politisch aktiv war. Das sind mehrere Tausend, die auf den Internetseiten des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung unter <http://library.fes.de/inhalt/digital/vogel> eingesehen werden können. Einige davon, die über den Tag hinaus bedeutsam erschienen, sind schon im Jahre 2001 unter dem Titel »Demokratie lebt auch vom Widerspruch« im Pendo-Verlag veröffentlicht worden. Andere aus meiner Amtszeit als Münchner Oberbürgermeister wurden 2010 anlässlich des fünfzigsten Jahrestages meines Amtsantritts

zusammengestellt und unter dem Titel »Maß und Mitte bewahren« im Utz-Verlag publiziert.

Nun füge ich dem in diesem Buch fünf Reden, die ich nach 1982 aus speziellen Anlässen im Bundestag gehalten habe, vier grundsätzliche Texte aus jüngerer Zeit und die Würdigungen von vier Persönlichkeiten hinzu, die in meinem politischen Leben eine besondere Rolle gespielt haben. Die Beurteilung der Texte anhand meines Fragenkatalogs oder auch unter anderen Gesichtspunkten möchte ich dem Leser überlassen. Nur da, wo ich glaube, mich geirrt zu haben, werde ich es selbst vermerken.

Damit verabschiede ich mich auf meine Weise von allen, die mir bislang ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Denn es wird mein letztes Buch sein.

Es bleibt mir aber noch zu danken. Vor allem danke ich *in memoriam* Helmut Schmidt für ein Geleitwort, das mich noch wenige Tage vor seinem Tod erreichte und mich auch deswegen besonders berührt, spricht er doch von der Freundschaft, die uns über Jahrzehnte verband und die in meinem Gedächtnis fortbestehen wird.

Weiter danke ich Dr. Nikolas Dörr, der mich bei den notwendigen Recherchen mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung verlässlich unterstützt hat. Und nicht minder auch Dr. Tobias Winstel, Jens Schadendorf und Ekaterina Merten vom Verlag Herder für eine gute Kooperation. Geschrieben hat für mich auch in diesem Fall Marlies Hirt, der ich dafür ebenfalls danke.

Und noch einen Dank habe ich abzustatten. Nämlich meiner lieben Frau, die einmal mehr viel Geduld mit ihrem sehr beschäftigten Ehemann aufgebracht hat.

I. Bundestagsreden

Einführung

In den zwanzig Jahren, die ich dem Bundestag angehörte, habe ich nach dem offiziellen Register insgesamt 211 Reden gehalten. Ausgewählt habe ich davon keine Rede aus den Jahren 1972 bis 1981. In dieser Zeit amtierte ich zunächst als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dann von 1974 bis zu meinem Übergang nach Berlin im Januar 1981 als Bundesminister der Justiz. Meine damaligen Reden beschäftigten sich deshalb durchweg mit ressortbezogenen Themen und sind wohl nur für einen engeren Personenkreis von Interesse.

Nach meiner Rückkehr aus Berlin sprach ich von 1983 bis 1991 im Bundestag als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 1987 bis 1991 zugleich auch als Parteivorsitzender. In diesen zeitlichen Abschnitt fallen etwa 100 Reden. Ausgewählt habe ich von ihnen fünf, die jeweils besonders aktuell waren. Das gilt für die von 1983, weil es die erste gewesen ist, die ich in meiner neuen Funktion hielt. In der Rede von 1986 forderte ich im Namen der Bundestagsfraktion erstmals den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Rede von 1989 hielt ich knapp drei Wochen nach dem Mauerfall zu einem Zeitpunkt, in dem die Herstellung der deutschen Einheit in einer überschaubaren Frist mehr und mehr in den Bereich des Möglichen rückte. Als erster führender Bundespolitiker nannte ich dabei als Zwischenschritte auf dem Weg zur Einheit die Stichworte »Konföderation« und »Währungsunion«. Die Rede von 1991 hielt ich auf dem Höhepunkt des zweiten Golfkrieges und zudem ein Vierteljahr nach dem Wirksamwerden der deutschen Einheit. Die fünfte Rede - sie wurde 1994 gehalten - beschäftigte sich mit den Grundgesetzänderungen, die damals im Vollzug des entsprechenden Auftrags des

Einigungsvertrages zur Entscheidung standen. Zugleich war sie meine letzte Bundestagsrede überhaupt.

Die Reden sind jeweils so wiedergegeben, wie sie vom stenographischen Dienst des Bundestags protokolliert wurden. Man kann ihnen deshalb auch immer wieder Beispiele für den wechselseitigen Umgang der Fraktionen miteinander und insbesondere auch für die ganz unterschiedliche Handhabung der Zwischenrufe und deren Beantwortung entnehmen. Deutlich wird wohl auch, dass die Reden zwar vorformuliert, aber nicht einfach abgelesen wurden.

Noch ein Hinweis erscheint mir geboten. Die Reden setzen sich in der Regel auch mit vorangegangenen Reden des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, anderer Regierungsmitglieder oder Sprechern der Regierungsfaktionen auseinander. Deshalb liegt es nahe, dass mancher Leser gerne auch den Wortlaut dieser Reden kennen würde. In das Buch selbst konnten sie aus Platzgründen nicht aufgenommen werden. Sie können aber im Internet unter <http://suche.bundestag.de/plenarprotokolle/search.form> abgerufen werden.

Schließlich begegnet dem Leser eine Vielzahl von Namen. Und zwar auch von Personen, die ihm zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt waren oder jedenfalls heute nicht mehr im Detail bekannt sind. In diesen Fällen sind präzise Angaben am einfachsten online auf folgender Internetseite erhältlich:

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Listen_der_Mitglieder_des_Deutschen_Bundestages.

Die nächsten knapp 200 Seiten vermitteln auf ihre Art ein Stück Geschichte und zugleich ein Stück lebendigen Parlamentarismus. Vielleicht relativieren sie auch ein wenig die »Politikverdrossenheit«, von der so viel die Rede ist. Das würde mich freuen.

Rede vom 4. Mai 1983

Bei der Bundestagswahl vom 6. März 1983 erzielte die Union 48,8 Prozent, die SPD, für die ich als Spitzenkandidat angetreten war, 38,2 Prozent, die FDP 7,0 Prozent und die Grünen 5,6 Prozent. Die Union hatte also gegenüber der vorhergehenden Wahl um 4,3 Prozentpunkte und die Grünen um 4,1 Prozentpunkte zugenommen. Die SPD verlor hingegen 4,7 Prozentpunkte und die FDP 3,6 Prozentpunkte. Herbert Wehner sprach damals davon, dass es 15 Jahre dauern werde, bis die SPD wieder an der Regierung sei. Damit sollte er Recht behalten.

Die folgende Rede war die erste, die ich nach meiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion - sie fand am 8. März statt - im Bundestag gehalten habe. In ihr gehe ich überwiegend kritisch, zum Teil aber auch kooperativ auf die Themen ein, die Helmut Kohl vorher in seiner Regierungserklärung behandelt oder auch nicht behandelt hat. So unter anderem auf außenpolitische Fragen, auf die Ost-, Deutschland- und Berlin-Politik, auf die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, die Konjunkturentwicklung und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die Erhaltung der Umwelt und darauf, dass der Ausstieg aus der Kernenergie als Option offengehalten werden muss. Aktuell waren außerdem die Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über das Ausmaß der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen. Hier deutete sich bereits ein Ja der Koalition zur eventuellen Stationierung solcher Raketen in der Bundesrepublik an, während wir die Verhandlungsmöglichkeiten noch keineswegs für ausgeschöpft hielten.

Zu Beginn meiner Ausführungen äußerte ich mich aber auch zu einigen prinzipiellen Fragen von ganz allgemeiner Bedeutung. Davon erscheinen mir meine Darlegungen zu unserem Oppositionsverständnis und unserer Bereitschaft zur Kooperation noch heute ebenso lesenswert wie meine Definition des Begriffs der Nation und meine Beschreibung des Kerns der deutschen Staatsräson aus unserer Sicht. Das gilt nicht minder für das, was ich über die fundamentalen Veränderungen der Realität, ihre Auswirkung auf das Lebensgefühl der Menschen und die Gründe für diese Entwicklung, über die Rolle des Marktes in einer demokratischen Gesellschaft und über die gesellschaftliche Stellung der Frau gesagt habe.

Einen Irrtum im eigentlichen Sinn kann ich nur in einem Punkt erkennen: Und das ist meine Äußerung zur Breitbandverkabelung. Vielleicht hätte ich auch nicht vom »Waldsterben« reden, sondern dafür einen milderen Begriff wählen sollen. Und ob die Stationierung der Pershingraketen im Herbst 1983 tatsächlich die entscheidende Ursache für die spätere Politik Gorbatschows und damit für das Ende der Sowjetunion war, ist bis heute streitig. Das ist es dann aber auch.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war eine lange Regierungserklärung, die wir heute morgen gehört haben; eine große Regierungserklärung war es nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es war eine Erklärung guten Willens, eine Erklärung, die den großen Herausforderungen unserer Zeit kaum mit konkreten Aussagen, sondern statt dessen mit Erinnerungen an eine besonnene und verklärte

Vergangenheit begegnen will; eine Erklärung, die für die Probleme der 80er-Jahre die Lösungen der 50er- und der frühen 60er-Jahre empfiehlt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine Erklärung, die an die Regierungserklärung Ludwig Erhards im Jahre 1965 erinnert. Sie sprechen gern, Herr Bundeskanzler, von Ihren politischen Abstammungsverhältnissen. Lassen Sie mich unter dem Eindruck der heutigen Regierungserklärung sagen: Da sprach nicht der Enkel Adenauers, da sprach der Sohn Ludwig Erhards, und zwar des Ludwig Erhard der 60er-Jahre!

(Beifall bei der SPD - Hauser [Krefeld] [CDU/CSU]: Ist das diskriminierend?)

Sie reden von einer Koalition der Mitte und erliegen doch schon jetzt immer wieder dem ständigen Druck von rechts. Sie proklamieren die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht und verdecken, daß Sie die Strukturen dieser Gesellschaft auch da unangetastet lassen wollen, wo sie unmenschliche Ergebnisse - etwa Massenarbeitslosigkeit - bewirken.

(Beifall bei der SPD - Hauser [Krefeld] [CDU/CSU]: Wer hat sie denn ausgelöst? - Zuruf des Abg. Dr. Dregger [CDU/CSU] - Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Es geht um die Gesamtkonstitution unserer Gesellschaft, nicht nur um das Gesicht dieser Gesellschaft. Sie verbreiten sich lange über die deutsch-deutschen Beziehungen und schweigen dazu, daß Herr Strauß soeben eine der wichtigsten Gesprächsebenen, nämlich die zwischen Ihnen und dem ersten Mann der DDR, blockiert hat.¹

(Beifall bei der SPD – Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das ist eine Verwechslung von Ursache und Wirkung! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie reden von Abrüstung und gehen mit keinem einzigen Satz auf das Wort der amerikanischen Bischöfe ein², das einen tiefen Einschnitt in der sittlichen Bewertung der atomaren Rüstung bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Mehr noch: Sie reden von Abrüstung an einer Stelle nur im Konjunktiv. »Nur eine umfassende Abrüstung könnte militärische Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich machen«, sagen Sie. Das ist ein Sorge erregender Konjunktiv. Er erweckt Zweifel, ob Sie sich an dieser Stelle überhaupt das ganze Ausmaß der Gefahr vor Augen geführt haben, das der Menschheit aus dem atomaren Rüstungswettlauf erwächst.

(Beifall bei der SPD)

Ich setze gegen Ihr »Könnte« ein »Muß« und sage: Abrüstung muß zuallererst atomare Waffen als Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich machen, wenn die Menschheit überleben will.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Nein, Herr Bundeskanzler, das war keine überzeugende Erklärung. Das ist keine ausreichende und schon gar keine konkrete Grundlage für die deutsche Politik in den nächsten vier Jahren. Dennoch: Wir werden uns stets bewußt bleiben, daß die deutschen Wähler am 6. März 1983 eine eindeutige und klare Entscheidung getroffen haben, die Ihnen die Regierungsverantwortung und uns die Opposition überträgt.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben diese Aufgabe der Opposition noch in der Wahnacht ohne Wenn und Aber akzeptiert. Wir werden uns stets bewußt bleiben, daß uns am 6. März 1983 immerhin knapp 15 Millionen Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen geschenkt haben. Dieses Vertrauen werden wir nicht enttäuschen. Und verlassen Sie sich darauf: Bei allem, was wir in unseren eigenen Reihen zu diskutieren und zu klären haben, bei aller Bereitschaft, auch Fehler zu erkennen und zu korrigieren - wir werden unsere Politik nicht auf Proteste verengen, auf das Erklären, Kritisieren und Beklagen von Verhältnissen. Wir verstehen Politik unverändert als Möglichkeit und als Auftrag zur Gestaltung, zur Veränderung der Verhältnisse und deshalb auch als Auftrag zur Wiedererringung der Regierungsmacht.

(Beifall bei der SPD)

Unserem Demokratieverständnis entspricht es, daß ich die Glückwünsche, die ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, persönlich ausgesprochen habe, hier vor dem Parlament wiederhole. Sie sind mit Ihrer Wahl durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages der Bundeskanzler aller Bürgerinnen und Bürger unserer Republik. Wir wünschen nicht, daß unser Volk während Ihrer Amtsführung Schaden leidet. Wir wünschen, daß sein Nutzen gemehrt und Schaden von ihm gewendet wird. Wir sind nicht sicher, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht. Wir haben im Gegenteil die ernste Sorge, daß der Weg, den Sie jetzt einschlagen, Gefahren nicht mindern, sondern erhöhen wird. Ihre Regierungserklärung hat diese Sorge weiter wachsen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber wir wünschen diese Gefahren nicht herbei. Wir hoffen nicht auf katastrophale Entwicklungen, um auf diesem Weg wieder an die Regierungsmacht zu gelangen. Wir werden auch nicht sagen, man könne gar nicht genug an allgemeiner Konfrontation schaffen, damit alles noch viel schlechter werde.³ Im Gegenteil: Wir werden alles tun, was wir als Opposition tun können, um solche Entwicklungen zu verhindern. Das unterscheidet unsere Politik von der, die Ihnen seinerzeit zwischen Sonthofen und Kreuth als Maxime Ihrer Oppositionszeit empfohlen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Opposition treiben, nicht Obstruktion. Wir werden nein sagen, wo uns Ihre Politik falsch oder gar gefährlich erscheint. Wir werden Fehler, Unzulänglichkeiten und Unterlassungen der Bundesregierung aufdecken und kritisieren, und wir werden zustimmen, wenn es nach unserem Urteil gerechtfertigt erscheint. Wo wir nein sagen, werden wir eigene Alternativen vorlegen und Sie zum Wettbewerb um die besseren Ideen und die besseren Lösungen herausfordern. In diesem Rahmen sind wir auch zur Zusammenarbeit bereit, aber nicht als eine Art parlamentarische Verfügungstruppe und Reservearmee.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns recht verstehen, Herr Bundeskanzler: Mit dem, was ich bisher gesagt habe, gebe ich keinen Zentimeter von den Rechten preis, die uns als Opposition von der Verfassung gewährleistet sind. Ich mache mir vielmehr zu eigen, was Sie im Dezember 1976 bei der Aussprache über die damalige Regierungserklärung ausgeführt haben. Damals sagten Sie: Regierung und Opposition »haben die gleiche demokratische Qualität«.

Die Regierung ist »nicht Partei und Richter zugleich«. Sie hat »nicht zu urteilen, wann die Opposition konstruktiv ist und wann nicht«. Sie hat nicht zu urteilen, »wann sie dem Staat nützt und wann sie schadet. Die Demokratie kennt keine Opposition von der Regierung Gnaden«. Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, das gilt auch nach dem Wechsel der Funktionen, der sich in diesem Haus vollzogen hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU/CSU)

Aussagen mit zeitlich beschränkter Geltung gibt es von Ihrer Seite ja in bemerkenswerter Anzahl. Dabei denke ich nicht mehr in erster Linie an die Widersprüche zwischen dem, was Sie in der Opposition gesagt und was Sie dann sogleich nach dem 1. Oktober 1982 in der Regierung getan haben, obwohl auch die Liste dieser Widersprüche eindrucksvoll ist. Sie haben in der Opposition bis zuletzt die Mehrwertsteuererhöhung abgelehnt und die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages erbittert bekämpft. Als Kanzler haben Sie beides sofort getan.⁴

Sie haben die Einstellung der Bundesbankgewinne in den Bundeshaushalt aufs schärfste kritisiert, diese Praxis der früheren Regierungen dann aber wie selbstverständlich fortgesetzt.

Auch Ihre ständige Polemik gegen die Höhe der von der vorhergehenden Regierung aufgenommenen Kredite einschließlich der von Ihnen erhobenen Verfassungsklage hat Sie, selber in der Regierungsverantwortung, nicht einen Augenblick daran gehindert, weit höhere Schulden aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles ist nicht verjährt. Aber es lag immerhin vor der Wahl.

Gravierender sind unter diesem Gesichtspunkt die Wahlversprechen, die Sie gegeben, aber nicht eingehalten haben. Wie sagten Sie 1976? Sie sagten: Man kann durch Worte täuschen, indem man Falsches ankündigt und das gegebene Wort bricht. Man kann auch durch Taten täuschen, indem man dem Wähler beschlossene Tatsachen bewußt vorenthält.

Dieser Vorwurf, den Sie damals gegen andere erhoben, fällt heute auf Sie zurück. Sie und Ihre Partei haben vor und nach den Wahlen vom 6. März beides getan.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zunächst gegen unseren Widerstand ein Gesetz verabschiedet, das die Rückzahlung der so genannten Zwangsanleihe⁵ vorsah. Unter dem Druck zahlloser Proteste, die sich zu Recht dagegen wandten, daß Höherverdienende schonender behandelt werden als die breiten Schichten unseres Volkes, haben Sie dann in Ihrem Wahlprogramm versprochen: Wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Abgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern. Herr Blüm verband diesen Beschluß mit dem Kommentar, jetzt mache ihm der Wahlkampf eigentlich erst richtig Spaß, weil dies versprochen worden sei.

Sie selbst, Herr Bundeskanzler, sagten sogar noch am 10. März 1983 im schleswig-holsteinischen Wahlkampf, die Rückzahlung sei sozial nicht gerecht und nicht erträglich. Noch nicht 14 Tage später haben Sie in den Koalitionsvereinbarungen eben diese unerträgliche Rückzahlung zugestanden. Wo bleiben da die Wahrheit und Klarheit und die geistige Erneuerung, von der Sie so gern sprechen?

(Beifall bei der SPD)

Auch in der Frage der Rentenerhöhung haben Sie die Wähler getäuscht. In Ihrem Wahlprogramm heißt es, die Renten stiegen auch in Zukunft weiter wie die Einkommen der Arbeitnehmer. Nach den Wahlen haben Sie sich in der Koalition darauf verständigt, die am 1. Juli 1984 fällige Rentenanpassung auf den 1. Januar 1985 zu verschieben, und haben Herrn Blüm eine Abwendungsmöglichkeit eingeräumt. Auf die Verschiebung laufen die Koalitionsvereinbarung und auch Ihre heutige Äußerung doch trotz Vorbehalt, Kabinettsauftrag und allen sonstigen Umschreibungen hinaus.

Verschiebung der Anpassung bedeutet aber, daß die Renten 1984 noch nicht einmal nominal steigen und daß sie real deutlich sinken werden, und zwar stärker als die Arbeitnehmereinkommen. Denn daß es 1984 Tarifabschlüsse ohne nominale Lohnerhöhungen geben wird, glauben Sie ja wohl selber nicht. Wie sagten Sie: Man kann auch täuschen, indem man den Wählern Tatsachen vorenthält. Genau das haben Sie getan, Herr Bundeskanzler.

(Beifall bei der SPD)

Oder waren Ihnen die Tatsachen, mit denen Sie jetzt die Verschiebung begründen, vor dem 6. März etwa unbekannt? Und ist es wahr, daß Herr Blüm sogar mit seinem Rücktritt drohen mußte, um noch eine Frist herauszuschlagen, in der so getan werden darf, als ob die Verschiebung noch abgewendet werden solle? Herr Bundeskanzler, erinnern Sie sich, wie forsch und aggressiv Ihre Partei 1976 und dann wieder 1980 gegen Ihren Amtsvorgänger den Vorwurf des Betrugs und der Lüge erhoben hat? Wie würden Sie denn das bezeichnen, was Sie in Sachen Zwangsanleihe und Rentenerhöhung zu verantworten haben?

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialausschüsse der CDU nennen es immerhin Bruch von Wahlversprechen und sagen deswegen, von sozialer Ausgewogenheit Ihrer Vereinbarungen und Ihrer Politik könne keine Rede mehr sein. Was sagten Sie heute morgen, Herr Bundeskanzler: Jetzt sei nicht die Zeit für große Versprechungen. Sehr gut! Aber jetzt wäre die Zeit, die Versprechungen zu halten und einzulösen, die Sie vor den Wahlen gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den Äußerungen des Bundeskanzlers ist viel von der geistig-politischen Krise die Rede, in der wir uns befinden, und häufig wird die geistige Erneuerung gefordert. Auch in Ihrer heutigen Regierungserklärung sprechen Sie davon. Allerdings bleibt vieles verschwommen, im Unklaren und auch wolkig. Auch an sehr allgemeinen Wendungen ist kein Mangel. Daß Mitmenschlichkeit praktizierter Bürgersinn sei, ist einer dieser Allgemeinplätze. Man kann den Satz auch umdrehen: Praktizierter Bürgersinn sei Mitmenschlichkeit. Weder der einen noch der anderen Fassung wird weit und breit irgend jemand widersprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Oder wer wollte nicht, daß unsere Städte und Dörfer schöner werden?

(Heiterkeit bei der SPD)

Und daß das Tor zur Zukunft offenstehe, wird auch kaum jemand bezweifeln.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Frage ist nur – und die ist in allem Ernst gestellt und darum geht die Auseinandersetzung –: Zu welcher Zukunft öffnen Sie das Tor?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sagen: Die Politik soll nicht nur Macht verwalten und die jeweils aktuellen Tagesfragen entscheiden, sondern den Menschen auch Orientierung und Hoffnung geben, nicht im Sinn der Bevormundung oder gar der Indoktrination, aber in dem Sinn, daß den Menschen deutlich wird, welche Ziele die Politik auf welchen Wegen und aus welchen Motiven verfolgt, und daß deutlich wird, welches Menschenbild und welches Staats- und Gesellschaftsverständnis der Politik zugrunde liegen, die da getrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es – ich stimme Ihnen zu, Herr Bundeskanzler – Unsicherheit und Ratlosigkeit. Und – ob wir es aussprechen oder verdrängen – es gibt auch Angst; übrigens nicht nur in unserem Volk. Und es gibt selbstverständlich Flucht in Nostalgien und auch in Utopien. Es gibt aber auch wachsenden Widerstand dagegen, die Entscheidungsabläufe der Wirtschaft und der Politik als unveränderlich, ja als schicksalhaft hinzunehmen. Der Widerstand gegen die Volkszählung, der viele von uns in seiner Massivität überrascht hat, ist ein Beispiel dafür. Herr Benda, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat dazu sehr Bedenkenswertes gesagt.

Aber warum ist das so? Darauf bleiben Sie die Antwort schuldig. Sie polemisieren dann gerne gegen Macher, gegen Heilsbringer und Ideologen, und Herr Strauß polemisiert vorsorglich auch schon gegen Herrn Benda, weil der möglicherweise dann auch dieser Abteilung zugeschlagen wird. Sie erwecken den Eindruck, die

Veränderungen seien das Werk böswilliger oder zumindest fahrlässiger Unruhestifter. Sie fördern die Ansicht, das alles lasse sich überwinden, alles werde wieder in Ordnung kommen, wenn wir nur zu den Lösungen und Verhaltensweisen der 50er-Jahre zurückkehren. Wohl deshalb berufen Sie sich auch so gerne auf Konrad Adenauer. Das mag Augenblicksstimmungen in Ihre Richtung lenken, das mag Augenblickserfolge eintragen, aber es ist ein Irrweg.

Wer Orientierung geben will, der muß zunächst einmal die Fakten erkennen, die in unserer Generation die Wirklichkeit, aber auch das Bewußtsein und das Lebensgefühl der Menschen eben nicht nur an der Oberfläche, sondern in der Tiefe verändert haben.

(Beifall bei der SPD)

Drei Fakten sind das vor allem.

Erstens: Die Menschheit ist erstmals in ihrer Geschichte in der Lage, sich selbst zu vernichten. Es wäre ein Aberwitz, wenn eine solche Veränderung nicht das Lebensgefühl der Menschen und ihr Bewußtsein in der Tiefe beeinflussen würde.

Zweitens: Nicht allein der Schutz des Menschen vor der Naturgewalt – ein Problem, das seit Anbeginn der Menschheit jeden einzelnen bewegt –, sondern mehr und mehr auch der Schutz der Natur vor der Menschengewalt wirft Probleme von bisher nicht gekannter Tragweite auf; und dies erstmals in unserer Generation in diesem Maße.

Drittens: Die Verflechtung aller Lebensbeziehungen, nicht nur der wirtschaftlichen, ist heute über den gesamten Planeten, über den gesamten Globus hinweg in einem noch vor kurzem unvorstellbaren Maße fortgeschritten.

In einem Satz zusammengefaßt, meine Damen und Herren: Die Macht der Menschen, etwas zu tun und in Raum und Zeit in weite Zukünfte hinein zu bewirken, ist in

gewaltiger, ja erschreckender Weise über ihre Fähigkeit und Bereitschaft hinausgewachsen, Entwicklungen vorherzusehen, die möglichen Folgen ihrer Handlungen im voraus zu bewerten und die immer rascher wechselnden Zusammenhänge zu beurteilen. Hier liegen die Wurzeln der großen Ängste,

(Beifall bei der SPD)

die Wurzeln auch weltweiter Sorgen und Proteste, Proteste, die sich oft nicht klar genug artikulieren, denen ein Hauch von Sprachlosigkeit selbst dort anhaftet, wo sie laut ihren Protest äußern, Proteste, die auch mitunter den Boden der Realität unter den Füßen verlieren. Aber man kann denen doch nicht widersprechen, wenn sie immer lauter und immer einhelliger dazu auffordern, das Tempo der Entwicklung nicht immer weiter zu beschleunigen, die Macht und Gewalt über Menschen und Materie nicht immer unkontrollierbarer zu steigern.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für den Rüstungswettlauf, das gilt für unser Verhältnis zur Natur. Das gilt für die Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozeß, aber auch für unsere Beziehungen zur Dritten Welt und den sozialen Sprengstoff, der sich dort nicht zuletzt durch die Bevölkerungsexplosion auftürmt.⁶ Immer wieder stoßen wir auf das Problem, daß die ethisch-moralische Kraft des Menschen mit dem Anwachsen seiner Zerstörungs- und Vernichtungskraft nicht Schritt gehalten hat und daß seine Kraft, auch die schädlichen Folgen seines Tuns vorherzusehen, die er nicht beabsichtigt, nicht mehr mit dem gigantischen Ausmaß dieser möglichen Schäden in Einklang steht.

(Beifall bei der SPD)

Sicher brauchen wir zur Bewältigung dieser Herausforderungen Bürgersinn und Mitmenschlichkeit; aber das genügt nicht. Da kommen neue Kategorien ins Spiel. Da ist mehr Sensibilität und mehr Lernbereitschaft gefordert. Die marxistische Ideologie - nicht die wissenschaftliche Analyse, von der große Teile fast zur Selbstverständlichkeit geworden sind - ist auch an ihrer Starrheit gescheitert und daran, daß sie für sakrosankt erklärt wurde.

Aber sind Sie nicht ebenso in Gefahr, Ihnen vertraute Annahmen, etwa die Sachzwänge der Wachstumsphilosophie, die These von der Wertfreiheit des technischen Fortschritts und der Forschung, überhaupt die überkommenen Strukturen, als sakrosankt anzusehen und dadurch die Schwierigkeiten zu steigern?

(Beifall bei der SPD)

Hier müssen wir - ich sage bewußt »wir« - einsetzen. Hier müssen wir mit den Folgerungen aus den Grundwerten Ernst machen, zu denen wir uns doch in unseren Programmen alle übereinstimmend bekennen. Hier sind Bindungen, Selbstbeschränkungen notwendig, die der vom Streben nach Macht und materiellem Mehr getragenen Dynamik Grenzen setzen, dieser Dynamik, von der nicht wenige bei Ihnen noch immer, wie im 19. Jahrhundert und zu Beginn dieses Jahrhunderts, das Heil und die Lösung der Probleme erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Darum geht es, nicht um vordergründige Schuldzuweisungen und Polemik.

Und der Umbruch hat doch schon begonnen. Es ist doch kein Zufall, daß sich die christlichen Kirchen immer stärker gerade diesen Herausforderungen zuwenden: die gesellschaftskritischen Enzykliken, die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche, die Umwelterklärung der deutschen Bischöfe vom Herbst 1980 oder das in der letzten Woche verabschiedete Wort zum Frieden⁷, um nur einige Beispiele zu nennen. Und auch die Kirchentage sind doch unübersehbare Zeichen dafür, daß Menschen auch aus ihrem Glauben heraus nach Antworten auf die neuen Herausforderungen suchen, Menschen, die nicht aussteigen oder flüchten, sondern die sich stellen, die einsteigen wollen, um in der Gefahr Wege zu finden, die uns vor Katastrophen bewahren können.

(Beifall bei der SPD)

Dem allen kann man nicht mit der Beschwörung oder der Verklärung der Vergangenheit begegnen und erst recht nicht mit der schlimmen Behauptung, wer sich dort oder in der Friedensbewegung engagiere, verlasse den Grundkonsens oder lasse sich von Kommunisten mißbrauchen. Meine Damen und Herren, wer so reagiert, der flüchtet seinerseits, weil er den Dialog in der Sache verweigert und sich diesem Dialog entzieht.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig ist, die Kräfte, die hier sichtbar werden, für die reale Politik zu gewinnen. Dazu gehört sicher auch der Widerspruch gegen Unvernünftiges, was diese Kräfte sagen; dazu gehört aber ebenso die Bereitschaft, zuzuhören und erkannte Fehlentwicklungen zu korrigieren. Dies ist auch der Sinn eines Entwicklungsprozesses in einer Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Niemand soll behaupten, er habe schon die fertigen Antworten auf all diese Fragen. Auch wir Sozialdemokraten haben sie nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Aber Sie, meine Damen und Herren, weichen diesen Fragen aus. Wir hingegen setzen uns mit ihnen selbst um den Preis innerer Spannungen und innerer Kontroversen auseinander, auch um den Preis, daß wir Ihren einfachen Parolen eine kompliziertere Argumentation entgegensetzen müssen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU/CSU)

Es ist sicher einfacher, zu sagen, mehr Rüstung bringe mehr Sicherheit, als zu sagen, die Gefahren weiterer Rüstung seien kaum geringer als die Gefahren weiteren Verhandeln.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Das ist genauso primitiv!)

Es ist immerhin dankenswert, daß Sie schon sagen »genauso primitiv«. Das ist von Ihrer Seite ein hohes Eingeständnis. Das, glaube ich, sollten wir festhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich hatte nicht gehofft, daß meine Aufforderung zur Selbstkritik ein so rasches Echo finden würde. Ich finde dies überzeugend.

Es ist einfacher, sich ohne Wenn und Aber für Kernenergie auszusprechen, als sich die Option offenzuhalten, nach weiteren Erfahrungen und Erkenntnissen auch auf die Nutzung verzichten zu können.⁸